

Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO

Langfriststrategie statt Stop-and-Go-Lockdown: Risikogruppen schützen Perspektive bieten

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, zum gezielten Schutz vulnerabler Personengruppen folgende Maßnahmen umzusetzen:
 1. Der kostenlose, unbürokratische und unkomplizierte Versand von FFP2-Masken über bereits bestehende Logistik-Infrastruktur des Online-Versandhandels an Personen, welche älter als 60 Jahre sind oder aus anderen Gründen zur Risikogruppe gehören.
 2. Die Einführung einer FFP2-Maskenpflicht in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen sowie in Krankenhäusern auch für Besucher, Service- und Reinigungskräfte. Die dafür notwendigen Masken müssen vom Einrichtungsträger bereitgestellt werden.
 3. Die Einführung von Gesundheitsschleusen mit sofortigem Schnelltest, Fiebermessung und Sitzkontrolle der Maske vor dem Zugang zu Pflegeeinrichtungen für alle Besucher und Beschäftigte. Damit das Pflegepersonal in den entsprechenden Einrichtungen seinen Aufgaben nachkommen kann, müssen sie bei der Testung durch mobile Testteams unterstützt werden.
 4. Die Erhöhung der Taktung häufig genutzter Linien im ÖPNV.
 5. Die unbürokratische Bereitstellung von Taxi-Gutscheinen für Menschen aus Risikogruppen. Um entsprechende Transportdienste anbieten zu können, kann auf brachliegende Kapazitäten von Reisebussen zurückgegriffen werden. Dafür wurden bereits im Sommer 2,5 Mrd. Euro Regionalisierungsmittel durch den Bund bereitgestellt, jedoch noch nicht abgerufen.
 6. Einzelhändler aus dem Bereich der täglichen Daseinsvorsorge sind anzuhalten, bestimmte Zeitfenster für den Einkauf gefährdeter Gruppen vorzusehen und diese beispielsweise durch Aushänge zu bewerben.

Begründung:

Deutschland befindet sich auf unbestimmte Zeit im Lockdown. Aus dem „November-Wellenbrecher“ wurde ein „Dezember-Stillstand“. Nachdem die Maßnahmen am 2. Dezember erneut verlängert worden sind, werden sie schon bald länger in Kraft sein, als der erste Lockdown im Frühjahr andauerte. Schon jetzt ist aus dem Bundeskanzleramt zu hören, dass die bestehenden Einschränkungen noch bis März anhalten könnten.

Dennoch bringen die Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg. Zwar konnte der starke Anstieg der Infektionszahlen vom Herbst gestoppt werden, doch die Neuinfektionen verharren auf einem hohen Niveau. Ein ausreichend deutlicher Rückgang ist bisher nicht erreicht worden. Zugleich steigen die Todeszahlen und die freien Intensivkapazitäten sinken, unser Gesundheitssystem ist schwer belastet. Besonders besorgniserregend sind die steigenden Fallzahlen in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen. Die Menschen, welche aus gesundheitlichen Gründen besonders von COVID-19 bedroht sind, benötigen den bestmöglichen Schutz. Hinter diesem Ziel müssen sich möglichst viele Menschen möglichst lange versammeln, indem wir ihnen Planbarkeit, Verlässlichkeit und eine langfristige Perspektive bieten.

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung liegt im Vertrauen des Staates in seine Bürgerinnen und Bürger einerseits und in deren Vertrauen in maßvolle und wirksame Regelungen andererseits. Durch einen Strategiewechsel mit Blick auf Risikogruppen kann verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Während jüngere und gesunde Menschen seltener ernsthafte Symptome zeigen, sind Menschen ab 60 Jahren und Menschen mit Vorerkrankungen wie z.B. Herzinsuffizienz oder Diabetes deutlich stärker gefährdet. In Thüringen sind 97% der COVID-19-Toten 60 Jahre oder älter, 69% 80 Jahre oder älter (<https://www.mdr.de/thueringen/coronavirus-verstorbene-zahlen-daten-100.html>). Sie haben häufiger schwere Symptome, die stationär oder sogar intensivmedizinisch behandelt werden müssen. Um diese wirksam vor einer Infektion zu schützen, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Nur so können wir ihnen eine aktive Teilnahme am Leben ermöglichen. Es darf ausdrücklich nicht darum gehen, Menschen zu isolieren, denn die Qualität der Krisenpolitik zeigt sich nicht an der Strenge der Maßnahmen für alle, sondern an der Wirksamkeit des Schutzes für die wirklich Gefährdeten.

Dafür ist es notwendig, ihnen schnell und unkompliziert FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen. Der bereits mögliche Weg über eine Abholung in den Apotheken kann bei 600.000-800.000 betroffenen Thüringerinnen und Thüringern nicht der einzige Weg sein – auch aus Gründen des Infektionsschutzes vor Ort. Die bereits vorhandene Versand- und Lieferlogistik des Online-Handels jedoch kann hierbei einbezogen werden. Schutz vor einer Infektion kann auch durch Vermeidung der Teilnahme am ÖPNV gewährleistet werden. Aus diesem Grund sollten Risikogruppen die Möglichkeit bekommen, Taxifahrten zum Preis eines Tickets für den ÖPNV in Anspruch zu nehmen. Um zudem die Kontakte im Nahverkehr zu reduzieren, sollte

die Taktung besonders stark genutzter Linien. wenn möglich, erhöht werden. Zu diesem Zwecke können brachliegende Reisebusse eingesetzt werden. Vom Bund wurden dafür bereits im Sommer 2,5 Mrd. Euro Regionalisierungsmittel bereitgestellt.

Damit Pflegeeinrichtungen und Altenheime nicht weiterhin als Pandemietreiber fungieren und ein Risiko für die besonders gefährdete ältere Bevölkerung darstellen, sollte der Zutritt von Besuchern und Beschäftigten ab sofort nur noch mit FFP2-Maske möglich sein. An den Eingängen der Einrichtungen sind entsprechende Gesundheitsschleusen zu installieren, an denen diese sich außerdem einem Antigen-Schnelltest unterziehen können und den Zutritt nur nach Fiebermessung und Sitzkontrolle der Maske erhalten. Ausreichend Personal für den Betrieb der Gesundheitsschleusen kann durch Unterstützung von mobilen Testteams und studentischen Hilfskräften nach einem entsprechenden Lehrgang akquiriert werden.

Einzelhändler können gebeten werden, gewisse Zeitfenster - beispielsweise am Vormittag – insbesondere für Risikogruppen zu bewerben. Dabei geht es nicht um den Ausschluss vom Einkauf anderer Personengruppen zu diesen Zeiten, sondern um die Schaffung eines Bewusstseins und das Setzen auf Eigenverantwortung der Bevölkerung, ihren Einkauf auf eine andere Tageszeit zu verschieben.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen wiegen schwer. Die Corona-Hilfen belasten unseren Staatshaushalt, die Einschränkungen für Wirtschaftszweige wie den Einzelhandel gefährden ganze Branchen in ihrer Existenz.

Mit der bevorstehenden Zulassung des ersten Impfstoffes ist ein Silberstreif am Horizont zu sehen. Doch es wird noch viele Monate dauern, bis ein nennenswerter Teil der Bevölkerung durchgeimpft ist. Die Pandemie wird unser aller Leben noch tief in das kommende Jahr beeinträchtigen, denn COVID-19 ist und bleibt ein ernst zu nehmendes gesundheitliches Risiko.

Die Bevölkerung zeigt sich im Umgang mit Corona umsichtig und verantwortungsvoll. Geringe Planbarkeit, Intransparenz bei der Entscheidungsfindung und teilweise wenig nachvollziehbare Maßnahmen führen aber dazu, dass die Skepsis wächst. Der ständige Wechsel zwischen „Bremsen und Beschleunigen“ (Bundesgesundheitsminister Jens Spahn), zwischen "Hammer und Tanz" (Tomas Pueyo), zwischen Lockdown und Lockerung, demotiviert die Menschen und gefährdet die Akzeptanz. Rufe nach alternativen Strategien werden laut: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund verlangt nach "längerfristigen Perspektiven", der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet (CDU), fordert "kluge Konzepte", die "langfristige Perspektiven für ein Leben mit der Pandemie ermöglichen" würden. Dieser Zustand kann nicht von Dauer sein.

Mit der besonderen Ausrichtung der Maßnahmen an Risikogruppen wird eine Perspektive für die nächsten Monate - auch für die Zeit, wenn die Infektionszahlen wieder sinken - geboten. Kontaktbeschränkungen, das Tragen von Masken, das Einhalten von Abständen und

regelmäßiges Lüften werden weiterhin notwendig sein, jedoch kann bei ausreichendem Schutz von Risikogruppen erneut debattiert werden, unter welchen Bedingungen sich das gesellschaftliche Leben wieder normalisieren lässt und Gastronomie, Einzelhandel, Fitnessstudios etc. wieder öffnen können.